

folge dann nach Persönlichkeitsdiagnose sowie Feststellung, welche Behandlung für den Gefangenen angezeigt sei.

Die Einweisung in eine bestimmte Vollzugsanstalt sei auch abhängig von der kriminellen Gefährdung des Gefangenen. Tests sollten helfen, den Grad krimineller Gefährdung festzustellen. Getestet würden Intelligenz, Durchhaltefähigkeit sowie die Einstellung des Gefangenen zum Strafvollzug.

Klage sei vom Anstaltsleiter über die hohe Belegung der eigenen Anstalt geführt worden. So hätten selbst die Arbeitsräume belegt werden müssen. „Eine gute, intensive und reibungslose Zusammenarbeit“ habe der Leiter den sozialtherapeutischen Einrichtungen bescheinigt. Ein Bericht über die beiden anderen Justizvollzugsanstalten folgt.

Schulausschuß . . .

Fortsetzung von Seite 4

tenzvorsprung der Lehrer die Eltern teilweise überfordere. Beide Faktoren zusammen, meinte Hoffmann, führen dazu, daß sich die Eltern frustriert zurückzögen. Der Vorsitzende des Ausschusses, Reinhard Grätz (SPD), merkte dazu an, daß gerade die Elternverbände bei den Gesetzesberatungen 1977 die Beteiligung der Eltern in den Fachkonferenzen gefordert hätten. Ein Stimmrecht für die Eltern in der Fachkonferenz sei damals jedoch wegen des pädagogischen Primats der Lehrerseite aus rechtlichen Gründen nicht aufgenommen worden. Die Frustration der Elternvertreter in den Fachkonferenzen könnte durch eine bessere Information durch die Lehrer, ein Antragsrecht für die Eltern sowie ein Verbot, Fachkonferenzen durch Dienstbesprechungen zu ersetzen, gelöst werden. Die Eltern selbst könnten jedoch auch zum Abbau der Frustrationsschwelle beitragen, indem sie nicht mit dem Anspruch an die Aufgabe herangingen, mit dem Fachwissen der Lehrer konkurrieren zu müssen.

Die Abgeordnete Doris Altewischer (CDU) bemängelte, daß der Kultusministerbericht zu wenig Aufschluß über die Mitwirkungspraxis an den Sonderschulen gebe. Staatssekretär Dr. Gerhard Konow sagte eine ergänzende Stellungnahme für den Bereich der Sonderschulen zu. Hinsichtlich der Mitwirkungspraxis an den Berufsbildenden Schulen bestand zwischen den Fraktionen Einvernehmen, daß in diesem Bereich das Schulmitwirkungsgesetz nicht hinreichend angewendet wird. Die Ursachen liegen nach übereinstimmender Einschätzung in der organisatorischen Besonderheit der Bündelschule, der hohen Schülerzahl, der Weiträumigkeit des Einzugsbereichs und der fehlenden Motivation der Eltern und Schüler im Teilzeitschulbereich.

Abschließend stellte Grätz fest, daß der Antrag der CDU, die Landesregierung möge dem Landtag einen Erfahrungsbericht zum Schulmitwirkungsgesetz vorlegen, durch den Bericht des Kultusministers (Vorlage 9/1392) erledigt sei. Gleichwohl seien beide Fraktionen bereit, die Mitwirkungsregeln behutsam weiterzuentwickeln, insbesondere müßten im Bereich der Berufsbildenden Schulen und der Sonderschulen neue Mitwirkungsformen gefunden werden.

Porträt der Woche

Wer den Weg des 58jährigen Erich Kröhan nachzeichnet, der seit Juli 1966 als Mitglied der SPD-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag sitzt, entdeckt einen jener Männer, wie sie gerade in dieser Partei als Mandatsträger immer seltener werden: Der gebürtige Berliner, Sohn eines selbständigen Schneidermeisters, besuchte die Volksschule, lernte Maschinenschlosser und wurde – nach dreijähriger Soldatenzeit – Fabrikarbeiter. Das blieb er auch, als er 1947, frisch verheiratet, über Duisburg nach Mülheim an der Ruhr übersiedelte. Da war er bereits, wie auch seine Frau, Mitglied der SPD. Kurt Schumacher und Ernst Reuter hatten ihm „den Weg gewiesen“.

Wer den Zweiten Weltkrieg und die schlimmen Jahre danach erlebt hat, in Berlin wie an der Ruhr, wer ein kaputtes Land aus den Trümmern aufstehen sah, mit seiner Hände Arbeit dazu beitrug, monatelang sogar als Minensucher, der „weiß, worum es einer Friedensbewegung wirklich gehen muß“; weiß auch besser als andere, warum die SPD bei der letzten Bundestagswahl gerade im Arbeitnehmerlager an Rhein und Ruhr deutliche Stimmenverluste erlitt: „Es sind zu wenige, die die Arbeitswelt kennen und ihre Probleme“, betont Kröhan. Und da könne er „nur hoffen, daß bei künftigen Kandidatenwahlen wieder mehr Wert darauf gelegt wird; die gesamte Breite einer Volkspartei muß auch bei den Mandatsträgern ihren Ausdruck finden“. Wenn Kröhan heute hört und liest, daß die SPD ihre Zielgruppenarbeit verstärken muß, wieder mehr in die Vereine und Vereinigungen hineinwirken muß – für ihn, der über Jahrzehnte „nur Ortsarbeit“ betrieb, sind dies alte Erkenntnisse. Sie brachten ihm permanent Erfolg.

Da sind Kommunalpolitik und Sport ganz naheliegend. Kröhan war über viele Jahre hinweg Mitglied des Rates der Stadt Mülheim, Vorsitzender des Stadtsportbundes ist er heute noch. Wenn er sagt, daß die 175000 Einwohner zählende Stadt 118 eingetragene Sportvereine mit 37000 Mitgliedern hat, so ist die „Weltmacht“ Sport da erst recht ein Faktor, der in der Politik zählt. Versteht sich, daß seine Fraktion ihn bereits 1966 als Neuling in den Sportausschuß entsandte. Dort sitzt er heute noch und – „man kann gerade den kleinen Vereinen eine Menge helfen bei ihrer unschätzbaren



Erich Kröhan (SPD)

Arbeit für die Jugend; Sport ist die beste Art von Jugendpolitik“. Er ist schon ein bißchen stolz, daß es „inzwischen Sporteinrichtungen in ausreichender Zahl gibt, außer gedeckten Hallen“.

Freilich „müssen auch viele Einrichtungen jetzt modernisiert werden“, deshalb „müssen wir die für 1983 um 20 Prozent gekürzten Mittel auf diesem Stand unbedingt halten“. Auch die Übungsleiterhonorare – da geschieht „schon sehr viel Ehrenamtliches, im Interesse unserer Kinder“.

Den „Blaumann“ hatte Kröhan 1961 mit dem Kittel eines technischen Angestellten im städtischen Amt für Brücken- und Ingenieurbau vertauscht, wobei er schnell sein „Herz für den Nahverkehr entdeckte“. Das veranlaßte die Fraktion, ihn in den Verkehrsausschuß zu entsenden, dessen Vorsitzender er längst ist. „Kernstück“ seiner Arbeit dort – während der letzten Legislaturperiode schon – war die Einführung des Verkehrsverbunds Rhein-Ruhr (VVR), „eine überzeugende Lösung, weil man mit einer Fahrkarte die verschiedensten Verkehrssysteme benutzen kann“.

Inzwischen hat der SPD-Verkehrsexperte „die meisten Großstädte im Ruhrgebiet unter der Erde durchwandert“, nachdem er „die Stadtbahnidee seit 1968 verfolgt“. Da will er „die ersten großen Baustufen noch im Verkehr erleben, begonnene Arbeiten nach 1985 gerne weiterführen“. Das heißt, daß sein Arbeitstag weiterhin 16 Stunden haben wird, „wofür die Ehefrau viel Verständnis haben muß“. Das dürfte ihr etwas leichter fallen; denn „drei Generationen wohnen einträchtig unter einem Dach“. Wodurch sich „auch die Gartenarbeit von selbst erledigt“, meint Kröhan schmunzelnd.

Hans Krieger